

Einbezug von Vermögen verringert das Armutsrisiko Älterer

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland nimmt zu, wenn in das laufende Einkommen auch das Vermögen einbezogen wird. Dies verbessert vor allem die Verteilungsposition der älteren Haushalte. Zu diesem Ergebnis kommt eine integrierte Analyse von Einkommen und Vermögen, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Rahmen eines Gemeinschaftsgutachtens für den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung durchgeführt hat.

Einkommens- und Vermögensverteilung nach Personengruppen

	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose	Rentner	Pensionäre	alle
Integrierte Einkommens- und Vermögensverteilung								
Mittelwert*	3.372	2.455	2.168	1.652	1.118	2.099	3.150	2.098
Median *	2.538	2.242	1.916	1.543	922	1.754	2.706	1.772
Gini-Koeffizient	0,38	0,21	0,25	0,19	0,26	0,3	0,28	0,3
Einkommensverteilung								
Mittelwert*	3.000	2.356	2.094	1.618	1.086	1.673	2.463	1.903
Median*	2.336	2.186	1.883	1.534	926	1.528	2.273	1.683
Gini-Koeffizient	0,36	0,19	0,24	0,17	0,24	0,23	0,21	0,26

* in Euro/Monat

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Haushaltsvorstand >25 Jahre; ZEW-Berechnungen

Median: Einkommenswert, den 50 Prozent der Haushalte unterschreiten, beziehungsweise überschreiten

Isolierte Betrachtungen der Verteilung von Einkommen oder Vermögen geben nur begrenzt Aufschluss über den tatsächlichen Wohlstand verschiedener Bevölkerungsgruppen. Ein umfassenderes Bild bietet eine integrierte Analyse. Durch sie werden private Vermögensbestände in lebenslange jährliche Zahlungen für die erwachsenen Haushaltsmitglieder umgewandelt und mit den tatsächlichen laufenden Einkommen zu einem integrierten Gesamteinkommen zusammengefasst.

Die Verrentung von Vermögen ist zwar ein theoretisches Konstrukt, das

sofortige Liquidierbarkeit aller Vermögensbestände – einschließlich des Immobilienvermögens – unterstellt und von Transaktionskosten sowie steuerlichen Effekten absieht. Dennoch kann damit die Funktion des privaten Vermögens, nämlich Einkommen zu ergänzen oder abzusichern, gut veranschaulicht werden.

Ein grundlegendes Ergebnis der Analyse ist zunächst, dass die integrierte Einkommensverteilung ungleichmäßiger als die einfache Einkommensverteilung ausfällt. Dies äußert sich zum einen in höheren Gini-Koeffizienten, einem Ver-

teilungsmaß, dass zwischen 0 (völlige Gleichverteilung des Einkommens) und 1 (maximale Konzentration des Einkommens) variiert (siehe Tabelle).

Aber die Armutsrisikoquote ändert sich ebenfalls. Als armutsgefährdet werden üblicherweise Haushalte angesehen, deren bedarfsgewichtetes Einkommen pro Kopf 60 Prozent des Medians unterschreitet. Der Anteil der Haushalte, deren Einkommen unterhalb dieser konventionell berechneten, aber problematischen Armutsquote liegt, beträgt in unserer Stichprobe 11,7 Prozent. Definiert man relative Armut in Bezug auf den Medianwert der integrierten Verteilung, dann erhöht sich die so berechnete Armutsquote um deutliche 1,6 Prozentpunkte auf dann 13,3 Prozent. Legt man jedoch das üblicherweise verwendete Kriterium für Armutsrisiken zugrunde – 60 Prozent des Medians in der einfachen Einkom-

IN DIESER AUSGABE

Einbezug von Vermögen verringert das Armutsrisiko Älterer	1
Starke Innovationsleistung in der Metropolregion Bremen-Oldenburg	2
Geringerer Lohn für Ältere nach Phasen der Arbeitslosigkeit	3
Umweltzölle würden gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU verringern	4
Nachgefragt: Reformstau in Deutschland	5
Weichenstellung für den europäischen Emissionshandel ab dem Jahr 2013	6
Konferenzen	8, 9
ZEW intern, Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

mensverteilung –, dann sinkt die so berechnete integrierte Armutsrisikoquote um 0,8 Prozentpunkte auf 10,9 Prozent. Denn in den unteren Einkommensgruppen erhöhen die im Durchschnitt positiven Vermögensbestände das integrierte Einkommen. Damit liegen mehr Haushalte über der traditionell berechneten Armutsschwelle.

Wohlstand Älterer oft unterschätzt

Werden die Auswirkungen der Vermögensintegration auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen betrachtet, so wird deutlich, dass der tatsächliche Wohlstand älterer Personen erheblich unterschätzt wird. Dies ist zum einen

mit den im Durchschnitt höheren Vermögen der Älteren zu erklären, die auf eine längere Anspardauer und die Zinsezinsseffekte der Vermögensbildung zurückzuführen sind.

Hinzu kommt die kürzere Restverrentungsdauer bis zum Lebensende. Beide Effekte führen zu einem exponentiellen Anstieg der Differenzen zwischen einfacher Einkommensverteilung und integrierter Einkommens- und Vermögensverteilung mit zunehmendem Alter. Diese Alterseffekte zeigen sich ebenfalls in einer Differenzierung nach sozialen Gruppen sehr deutlich (siehe Tabelle auf Seite 1). So ergeben sich die stärksten Änderungen für Rentner sowie Pensionäre. Die Einkommen der

Rentner sind im Mittelwert in der integrierten Betrachtung um 25,3 Prozent höher als in der einfachen Einkommensbetrachtung, die der Pensionäre sogar um 27,9 Prozent.

Es muss allerdings in Betracht gezogen werden, dass durch die Integration der sehr ungleich verteilten Vermögen innerhalb der Gruppe der Rentnerhaushalte die gruppeninterne Ungleichheit steigt und sich rund 14 Prozent der Rentner im integrierten Ressourcenkonzept unterhalb der Armutsrisikoschwelle befinden. Pauschale Aussagen über eine relative Besserstellung der Rentner in diesem Konzept sind demnach nicht gerechtfertigt.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Starke Innovationsleistung in der Metropolregion Bremen-Oldenburg

Die Innovationsaktivitäten der Unternehmen in der „Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“ sind insgesamt nicht schlechter als in anderen Großstadregionen Deutschlands. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Metropolregion zeigen eine hohe Innovationsneigung. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für Innovationen sind jedoch deutlich geringer. Für sie sind in erster Linie Großunternehmen verantwortlich. Beim Markterfolg mit Produkt- und Prozessinnovationen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zu anderen Großstadregionen. Dies sind zentrale Ergebnisse einer Innovationserhebung des ZEW in der Metropolregion.

Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten ist mit knapp 2,4 Millionen Einwohnern die kleinste unter den elf deutschen Metropolregionen. Ihre Wirtschaftsstruktur ist durch ein Nebeneinander von traditionellen Sek-

toren (Nahrungsmittelindustrie, Transportgewerbe, Metallverarbeitung) und dynamischen Technologiesektoren (Luft- und Raumfahrt, Windenergie) geprägt. Die Wirtschaftspolitik ist bemüht die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in der Metropolregion zu verbessern. Dabei kommt der Stärkung der Innovationsaktivitäten der Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Das ZEW hat im Auftrag des Landes Bremen und der Arbeitsgemeinschaft der Metropolregion die Innovationsaktivitäten der Wirtschaft im Nordwesten Deutschlands untersucht.

Bremen holt auf

Die Innovationsbeteiligung der Unternehmen ist in der Metropolregion deutlich höher als in den Vergleichsregionen. Vor allem Prozessinnovatoren sind in Bremen stärker vertreten als in anderen Großstadregionen. Dagegen ist der Anteil der Unternehmen mit kontinuier-

lichen Forschungsaktivitäten niedriger. Markante Unterschiede zeigen sich bei der Innovationsintensität (Innovationsaufwendungen in Prozent des Umsatzes). Sie bleibt in der Metropolregion mit 2,4 Prozent weit hinter der anderer Großstadregionen (3,4 Prozent) zurück. Grund hierfür sind die wesentlich niedrigeren Aufwendungen für FuE.

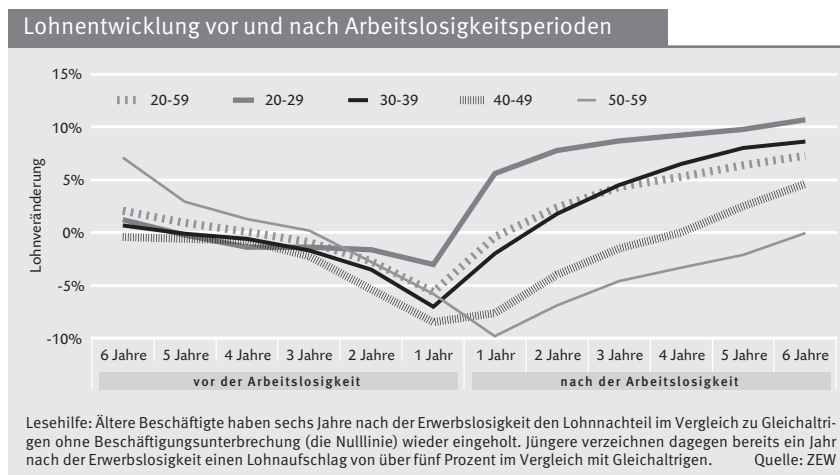
Die Innovationserfolge sind dagegen ähnlich hoch. In der Metropolregion gehen 22 Prozent des Umsatzes auf neue Produkte zurück (21 Prozent in den anderen Großstadregionen). Ein Vergleich mit dem Innovationsverhalten im Zeitraum 2001 bis 2003 zeigt, dass sich die Innovationsleistung der Unternehmen im Land Bremen merklich verbessert hat, insbesondere was die Innovationsbereitschaft der KMU betrifft. Dies dürfte auch auf die innovationspolitischen Anstrengungen im Rahmen der Bremer Initiative InnoVision 2010 zurückzuführen sein.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Geringerer Lohn für Ältere nach Phasen der Arbeitslosigkeit

In kaum einer anderen entwickelten Volkswirtschaft haben es ältere Arbeitslose so schwer, wieder Fuß im Arbeitsmarkt zu fassen, wie in Deutschland. Gelingt älteren Arbeitslosen hierzulande der Wiedereintritt ins Berufsleben, so müssen sie deutlich höhere Lohneinbußen in Kauf nehmen als jüngere Arbeitslose. Das belegen Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Diese vergleichen die Einkommen von Beschäftigten verschiedener Altersklassen nach einer Phase der Arbeitslosigkeit mit den Einkommen von jeweils Gleichaltrigen mit ähnlicher Qualifikation und Tätigkeit, aber ohne Erwerbsunterbrechung.



Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-041) wertet rund 500.000 repräsentative Individualdaten aus der Beschäftigungsstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus. Beschäftigte im Alter zwischen 50 und 59 Jahren müssen ein Jahr nach dem Ende ihrer Erwerbslosigkeit noch Lohnabschläge von im Schnitt zehn Prozent hinnehmen, wenn man den durch die individuelle Arbeitslosigkeitsdauer zusätzlich bewirkten Lohnabschlag herausrechnet. Die Lohnabschläge verringern sich zwar im Laufe der Zeit, sind aber auch sechs Jahre nach dem Ende der Erwerbslosigkeit noch messbar. Dagegen verdienen jüngere Beschäftigte im Alter von 20 bis 29 Jahren bereits ein Jahr nach Beendigung ihrer Arbeitslosigkeit wieder mindestens genauso gut oder besser als Gleichaltrige ohne Erwerbsunterbrechung (siehe Graphik). Jüngere wie äl-

tere Beschäftigte müssen schon in den Jahren vor der Arbeitslosigkeit Lohnabschläge hinnehmen. Dies deutet auf eine stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ihres Betriebs hin.

Längere Arbeitslosigkeit bewirkt höheren Lohnabschlag

Wird in den einzelnen Alterskohorten die unterschiedliche Dauer der Arbeitslosigkeit berücksichtigt, dann wird die Kluft zwischen den Lohnabschlägen älterer und jüngerer Arbeitsloser umso größer, je länger die Arbeitslosigkeit dauert. Ältere, die zwischen einem halben und einem Jahr arbeitslos sind, verzeichnen im ersten Jahr ihrer neuen Tätigkeit Lohnabschläge von durchschnittlich 34 Prozent. In der Altersgruppe der 20 bis 29 Jährigen betragen die Lohnabschläge nach einer solchen Phase der Arbeitslosigkeit nur

12 Prozent. Die Diskrepanz zeigt sich ebenso, wenn die Arbeitslosigkeit nur zwei Monate dauert: die Lohneinbußen der Älteren betragen hier im ersten Jahr nach der Erwerbslosigkeit rund 20 Prozent, die der Jüngeren jedoch nur vier Prozent.

Ein Grund dafür, dass Ältere höhere Lohnabschläge nach der Arbeitslosigkeit hinnehmen müssen, ist möglicherweise, dass sie mehr spezifisches Humankapital als ihre jüngeren Kollegen verlieren. Wahrscheinlich erhielten sie in ihrer vorherigen Position eine Treueprämie für lange Betriebszugehörigkeit (siehe ZEWnews September 2008). Nach Arbeitslosigkeit und Neueinstellung ist diese erst einmal verloren. Dagegen wechseln jüngere Beschäftigte oft freiwillig den Arbeitsplatz, um eine Position mit besserer Bezahlung anzunehmen – selbst wenn damit kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit verbunden sind. Dies erklärt, dass jüngere schon kurze Zeit nach der Arbeitslosigkeit besser verdienen als Gleichaltrige ohne Arbeitsunterbrechung.

Junge Frauen akzeptieren keine zu hohen Lohnabschläge

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht der Beschäftigten zeigt, dass jüngere Frauen geringere Lohnabschläge nach einer Phase der Arbeitslosigkeit verzeichnen als ihre männlichen Kollegen gleichen Alters. Dies deutet darauf hin, dass jüngere Frauen bei schlechten Wiedereinstiegsbedingungen in den Job es oftmals vorziehen, zumindest zeitweise aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Ältere Frauen sind demgegenüber eher bereit, höhere Lohnabschläge zu akzeptieren. Sie verzeichnen im Durchschnitt geringfügig höhere Lohneinbußen als gleichaltrige Männer.

Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

Umweltzölle würden gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU verringern

Die Europäische Kommission hat sich im Jahr 2007 für eine ambitionierte Klimapolitik für die Post-Kioto-Ära ab 2012 ausgesprochen: Der europäische Beitrag zum zukünftigen Klimaschutz soll im Rahmen eines internationalen Klimaschutzabkommens eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 von bis zu 30 Prozent gegenüber 1990 betragen. Allerdings bleibt die internationale Uneinigkeit über die zukünftige Klimapolitik vorerst bestehen: Trotz intensiver Bemühungen konnte die UN-Klimaschutzkonferenz von Bali Ende 2007 nur wenig daran ändern. Für den Fall, dass mittelfristig kein internationales Klimaschutzabkommen zustande kommt, hat sich die EU zu einer einseitigen Verminderung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020 verpflichtet.

Solch eine unilaterale Klimapolitik gefährdet die europäische Wettbewerbsfähigkeit und droht ihre Umweltwirksamkeit durch die Verlagerung energieintensiver Industrien ins außer-europäische Ausland zu unterminieren. Als mögliche Korrekturmaßnahmen werden daher derzeit auf EU-Ebene zwei konkurrierende Ansätze diskutiert: Das Europäische Parlament hat sich für die Einführung von Umweltzöllen auf Importe aus Ländern ohne verbindliche Klimaschutzpolitik stark gemacht. Kommissionspräsident Barroso regte hingegen an, Importeure, die Produkte aus solchen Ländern einführen, in den Europäischen Emissionshandel (EU ETS) zu integrieren.

Umweltzölle versus Integration von Importen in den EU ETS

Ein systematischer Vergleich beider Politikoptionen ist Gegenstand einer aktuellen ZEW-Analyse (Discussion Paper Nr. 08-061). Die Auswirkungen beider Politikmaßnahmen auf Produktions- und Emissionsniveaus werden in einem theoretischen Modell analysiert und durch Simulationsrechnungen zur EU-Klimapolitik mit einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell der Weltwirtschaft ergänzt. Die Analyse basiert auf folgender Unterscheidung beider Instrumente: Die Umweltzölle werden pro Stück des Importgutes erhoben und anhand durchschnittlicher EU-Emissions-

werte festgelegt. Der integrierte Emissionshandel orientiert sich hingegen an den tatsächlichen Emissionen der Importeure und bepreist diese direkt. Bei beiden Politiken werden die Importe durch die Abgaben belastet und die Exporte entsprechend entlastet, denn der inländische Exporteur erhält eine Erstattung in Höhe des Umweltzolls beziehungsweise wird vom Kauf der Zertifikate freigestellt.

Energieintensive und exportorientierte Sektoren profitieren

Die theoretische Analyse verdeutlicht, dass beide Instrumente – im Vergleich zu einer unilateralen Klimapolitik ohne ergänzende Maßnahmen – für die betroffenen energieintensiven und exportorientierten Sektoren sowohl eine Erhöhung der inländischen Produktion als auch eine Verringerung der Emissionsverlagerung ins Ausland (carbon leakage) ermöglichen. Dabei sind Umweltzölle zum Schutz der heimischen Wettbewerbsfähigkeit effektiver, der integrierte Emissionshandel hingegen bei der Verhinderung der Emissionsverlagerung. Der letztgenannte Effekt basiert auf den unterschiedlichen Anreizwirkungen der Instrumente: Bei den Umweltzöllen reagiert der ausländische Produzent primär mit der Anpassung des Produktionsniveaus, beim integrierten Emissionshandel mit der Verringerung der Energieintensität (also

der technologischen Verbesserung des Produktionsprozesses). Eine numerische Simulationsanalyse komplettiert und differenziert dieses Bild: Nur energieintensive und exportorientierte Sektoren profitieren von den unterstützten Maßnahmen – im Inland konkurrieren sie gegen die nun verzollten Importe, und für die für den Export bestimmten Güter entfallen die Umweltabgaben. Letzteres führt dazu, dass – bei einem gegebenen Reduktionsziel – ein größerer Teil der Emissionsreduktion in den nicht-energieintensiven Sektoren erbracht werden muss. Die Analyse zeigt, dass dies den Einsatz von Umweltzöllen so sehr verteuert, dass deren Wirkung auf das Gesamtproduktionsniveau in der EU negativ ausfällt. Beim integrierten Emissionshandel ist dieser Effekt deutlich abgemildert.

Kooperation oder Konfrontation

Schließlich unterscheiden sich beide Instrumente in einer weiteren Hinsicht, nämlich ihrer handelspolitischen Wirkung. Die Umweltzölle bergen das Risiko eines Handelskriegs, sollten sich Exportländer gegen sie zur Wehr setzen. Der integrierte Emissionshandel setzt hingegen eine internationale Kooperationsbereitschaft voraus: nur gemessene Emissionen sind zertifizierbar. Die Messung von Emissionen aber wird in der Regel eine nationale Aufgabe bleiben.

Die dargestellte Analyse wirft erheblichen Zweifel am Sinn von Umweltzöllen auf. Ein integrierter Emissionshandel scheint besser geeignet, die Probleme einer unilateralen Klimapolitik abzumildern.

Victoria Alexeeva-Talebi,
alexeeva-talebi@zew.de

Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de

Nachgefragt: Reformstau in Deutschland

Vor allem in Krisenzeiten steigt die Bereitschaft zur Veränderung

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes hängt von seiner Fähigkeit ab, seine sozialen Sicherungssysteme, seinen Arbeitsmarkt und sein Steuersystem an ein sich veränderndes Umfeld anzupassen. In Deutschland stießen Reformen in den vergangenen Jahren oftmals auf nur geringe Akzeptanz bei der Bevölkerung. Sie konnten teilweise nur mit hohen politischen Kosten durchgesetzt werden. Die Reformen am deutschen Arbeitsmarkt, bekannt als die Hartz-Reformen, sind solch ein Beispiel. Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ des ZEW, analysiert, warum Reformen häufig auf Widerstand treffen und erläutert Strategien gegen den Reformstau.

Viele Reformprojekte in Deutschland, so etwa im Gesundheitswesen oder in der Steuerpolitik, erscheinen als Stückwerk. Andere stehen unter ungeheurem Zeitdruck und gehen dennoch nicht voran. Was sind die Gründe für diesen Reformstau?

Heinemann: Es gibt viele Formen des rationalen Reformwiderstands: Bauern verteidigen sich gegen die Kürzung von Agrarsubventionen oder Apotheker gegen mehr Wettbewerb auf dem Apothekenmarkt, weil derartige Reformen diesen Berufsgruppen Nachteile bringen. Reformstau ist somit einerseits durch Partikularinteressen erklärbar. Andererseits spielen aber auch psychologische Gründe eine Rolle. So ist es oft der Fall, dass Reformverlierer ein Gesicht haben, Reformgewinner aber nicht. Beispielsweise ist im Vorfeld einer Lockerung des Kündigungsschutzes die Identität der

Menschen unbekannt, die dadurch leichter zu einem Job kommen. Umgekehrt kann man Arbeitnehmer persönlich identifizieren, deren Jobs ohne Kündigungsschutz gefährdet wären. Diese Asymmetrie schwächt die Reformunterstützung. Zudem lieben Menschen schlichtweg den Status quo, weil der besonders vertraut ist. Das beste Beispiel hierfür ist das deutsche Gesundheitssystem. Niemand würde es in seiner aktuellen Form am Reißbrett entwerfen. Umgekehrt ist es unglaublich schwer, an diesem Produkt historischer Zufälligkeiten Änderungen vorzunehmen.

Ist Deutschland im internationalen Vergleich ein reformfeindliches Land?

Heinemann: Diesen Eindruck musste man in den zurückliegenden Jahrzehnten oftmals haben. In der jüngsten Vergangenheit haben Wähler und Politiker in Deutschland aber bewiesen,

dass sie durchaus zu beachtlichen institutionellen Veränderungen in der Lage sind. Im Vergleich zu den anderen großen Staaten der Eurozone hat sich Deutschland positiv hervor getan. Die Rentenreform mit Nachhaltigkeitsfaktor, kapitalgedeckter Säule und der Rente mit 67 oder die Arbeitsmarktreformen sind trotz aller Aufweichungen am aktuellen Rand ein Beleg dafür, dass Deutschland – zumindest unter bestimmten günstigen Konstellationen – reformfähig ist.

Werden die aktuelle Finanzmarktkrise und ihre Folgen für Konjunktur, Arbeitsmarkt und Gesellschaft Deutschland dazu zwingen, aufgeschobene Reformen nun doch wieder in Angriff zu nehmen?

Heinemann: Leider lehrt uns die Erfahrung, dass umfassende Reformen meistens nur gelingen, wenn sich die allgemeine Wahrnehmung durchsetzt, dass es wie bisher nicht mehr weitergehen kann. Es ist kein Zufall, dass die Agenda 2010 mit ihren tiefgreifenden Arbeitsmarktreformen erst nach einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und in einem allgemeinen Krisenbewusstsein möglich war. Umgekehrt hat sich die Reformbereitschaft in den zurückliegenden konjunkturell guten Jahren völlig verflüchtigt. Es ist derzeit noch nicht absehbar, welche realwirtschaftlichen Folgen die Finanzmarktkrise für Deutschland haben wird. Es ist durchaus vorstellbar, dass bereits im kommenden Jahr deutliche negative Folgen für Arbeitsmärkte und öffentliche Finanzen auftreten. Dann könnte beispielsweise eine Haushaltskonsolidierung neue Aktualität erhalten. Zu hoffen ist allerdings, dass die Finanzmarktkrise die Arbeitsmarktpolitik vor leichtfertigen Job-Vernichtungsprogrammen wie einer Ausweitung des



Dr. Friedrich Heinemann, Jahrgang 1964, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Geschichte im Jahr 1995 an der Universität Mannheim. Seit 2005 ist Heinemann am ZEW Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ mit derzeit 14 Mitarbeitern. Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Darüber hinaus untersucht Heinemann die Determinanten von Reformprozessen. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Mindestlohns oder Behinderungen der Zeitarbeit abhalten wird.

Wie können notwendige Reformen den Menschen auf eine Weise vermittelt werden, dass diese bereit sind, sie zu akzeptieren?

Heinemann: Wenn Ökonomen von den positiven Wachstums- und Beschäftigungsfolgen einer Reform reden, ist dies viel zu abstrakt, um wirklich die Menschen zu erreichen. Vielleicht sollten Ökonomen deshalb so mutig sein, Reformdividenden zumindest näherungsweise auf ein individuelles Einkommens-Plus umzurechnen. Wichtig ist es auch, den Reformgewinnern ein Gesicht zu geben. Hier können Reform-Experimente helfen. Regionale Pilotprojekte etwa zur Liberalisierung des

Kündigungsschutzes könnten nicht nur Erfahrungswerte liefern, sondern auch helfen, Reformgewinner individuell zu identifizieren. Ein Langzeitarbeitsloser auf dem Sofa von Anne Will, der durch eine Reform einen neuen Job gefunden hat, hat politisch mehr Durchschlagskraft als so manches wissenschaftliche Gutachten.

Welche Rolle spielt es für die Reformfähigkeit eines Landes, wenn das Vertrauen der Wähler in die Politik abhanden kommt?

Heinemann: Der allgemeine Vertrauensverlust in die Glaubwürdigkeit von Parteien, Politikern und staatlichen Institutionen ist eine schwere Hypothek für die Reformfähigkeit eines Landes. Institutionelle Veränderungen sind im-

mer komplex und ihre Folgen sind für den Einzelnen kaum absehbar. Es ist daher von großer Bedeutung, dass Wähler Vertrauen in die Kompetenz und Zuverlässigkeit der Politik und ihrer Berater haben. Zusagen, dass eine Politik Wachstum und Beschäftigung schafft und den Reformverlierern geholfen wird, sind unverzichtbar für die Akzeptanz von Reformen. Wenn Wähler aber den Versprechen der Politik generell misstrauen, dann stehen die Chancen schlecht, Reformwiderstand zu überwinden. Langfristig ist es daher die beste Reformpolitik, wenn Politiker besonders in Wahljahren nichts anderes erzählen, als das, was sie nach der Wahl tatsächlich umsetzen können.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Weichenstellung für den europäischen Emissionshandel ab dem Jahr 2013

Mit der Einführung des Emissionshandels im Jahr 2005 hat in Europa ein neues Zeitalter in der Umweltpolitik begonnen. Die Gesamtmenge an klimaschädlichen Treibhausgasen, die pro Jahr von den energieintensiven Sektoren in der Europäischen Union (EU) ausgestoßen werden darf, ist seither im Rahmen des Handels mit Emissionszertifikaten begrenzt. Diese Gesamtmenge wird in Zertifikaten an die betroffenen Sektoren verteilt. Für jede Tonne CO₂, die in der Produktion freigesetzt wird, müssen die Unternehmen ein solches Zertifikat an den jeweiligen Nationalstaat abgeben.

Bislang werden Zertifikate überwiegend kostenfrei zugeteilt, das heißt verschenkt. Dies ist unproblematisch, wenn man davon ausgeht, dass die Unternehmen im Laufe der Zeit in keine neuen Technologien investieren. Da die zugeteilte Menge an Zertifikaten geringer ist als die Emissionen ohne Regulierung, entsteht eine Knappheit an Zertifikaten, durch die sich am Markt ein Preis bildet. Dieser Preis sorgt dafür, dass die Unternehmen sorgsam mit den ihnen zur Verfügung stehenden Zertifikaten umgehen. Denn wer günstig CO₂ einspart, kann seine frei werdenden Zertifikate am Markt verkaufen. Selbst verschenkte Zertifikate haben also einen Wert.

Unter der Annahme, dass Unternehmen in neue Technologien investieren, gibt es jedoch Bedenken gegen das Verschenken der Zertifikate. In Deutschland erhält beispielsweise ein neues Kohlekraftwerk doppelt so viele Zertifikate wie ein neues Gaskraftwerk, das die gleiche Leistung an Strom liefert. Dies setzt keinen Anreiz, in CO₂-ärmere Technologien zu investieren. Müssten dagegen die Zertifikate von den Unternehmen gekauft werden, so würden Anreize für den verstärkten Einsatz von Gas anstatt von Kohle gesetzt, da Gas pro Energieeinheit etwa nur halb so viel CO₂ freisetzt wie Kohle. Aus ökonomischer Sicht gibt es einen einfachen Weg, die-

ses Problem zu lösen: die Zertifikate werden versteigert. Die EU-Kommission hat im Januar 2008 eine solche Weichenstellung für den Emissionshandel in der dritten Handelsphase (Phase 3) vorgeschlagen.

Auktionen statt kostenlose Zuteilung der Zertifikate

Die Stromerzeuger, die bislang vom Verschenken der Zertifikate profitiert haben und zugleich kaum im Wettbewerb mit Anbietern außerhalb der EU stehen, sollen ab 2013 alle benötigten Zertifikate ersteigern müssen. Immerhin deckt die Stromerzeugung rund 70 Prozent der in den Emissionshandel eingebrachten Emissionen ab. Unternehmen aus anderen energieintensiven Branchen sollen zunächst nur 20 Prozent der benötigten Zertifikate ersteigern müssen, ab 2020 dann 100 Prozent. Derzeit wird auf europäischer Ebene diskutiert, ob dieser Vorschlag umgesetzt wird

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Das Emissionshandelssystem verteuert die Produktion energieintensiver Industrien in der EU.

oder ob es für bestimmte Industriesektoren wie Aluminium, Stahl und Zement Ausnahmen geben soll. Dahinter stehen berechnete Bedenken, dass Sektoren die vom Emissionshandel betroffen sind und zugleich im internationalen Wettbewerb stehen, durch den Kauf von Zertifikaten steigende Produktionskosten haben, was ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden würde. Als Folge könnten Produktion und Emissionen verstärkt ins Ausland abwandern, wo CO₂-Emissionen nicht bepreist werden. Wie die Kommission das Abwandern von Produktion und Emission verhindern will, soll 2011 entschieden werden. Aber auch ein Verschenken der Zertifikate wird nicht verhindern können, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb Marktanteile verlieren oder eine geringere Rendite erwirtschaften. Da die Zertifikate einen Wiederverkaufswert haben, muss der Wert der verschenkten Zertifikate in den Produktpreis einkalkuliert werden. Der Effekt des Emissionshandels auf den Produktpreis ist also unabhängig davon, ob die Rechte verschenkt oder versteigert werden. Die kostenlose Vergabe führt allerdings zu einem Vermögenstransfer vom Staat auf die Unternehmen.

Wie wird die Auktion von Emissionszertifikaten erfolgen? Auf Grund der dominanten Stellung der Stromerzeuger im Emissionshandel wird das Angebot am freien Markt für Zertifikate ab 2013 deutlich illiquider sein als bisher. Denn die Stromunternehmen müssen zunächst ihre Zertifikate auf einer Auktion

ersteigern bevor sie möglicherweise überschüssige Zertifikate am freien Markt anbieten beziehungsweise noch fehlende Zertifikate erwerben können. Daher ist es wichtig, dass die Auktion richtig gestaltet ist. Vom Auktionspreis, der die Knappheit an Zertifikaten signalisieren soll, werden wichtige Investitionsentscheidungen in CO₂-arme Technologien abhängen.

Ausgestaltung der CO₂-Auktionen

Aus ökonomischer Sicht sollte eine Auktion für Zertifikate die folgenden Eigenschaften aufweisen: Die Auktion sollte zunächst in Form einer „doppelten Auktion“ durchgeführt werden. Das heißt ein Unternehmen sollte sowohl Zertifikate anbieten als auch nachfragen können. Somit würde es zusätzlich zum staatlichen Angebot ein privates Angebot von Zertifikaten auf der Auktion geben. Die Möglichkeit Zertifikate anzubieten hat den Vorteil, dass Unternehmen mit günstigen Vermeidungspotenzialen an der Auktion teilnehmen und dazu beitragen, dass der Auktionspreis die korrekte Knappheit der Zertifikate widerspiegelt. Zugleich ist durch die doppelte Auktion sichergestellt, dass die Zertifikate an die Unternehmen gehen, für die die CO₂-Minderung am teuersten ist. Emissionen werden so am Ende dort vermieden, wo es am günstigsten ist.

Darüber hinaus sollte die Auktion als „dynamische Auktion“ mit aufsteigendem Preis durchgeführt werden. Der

Auktionator nennt einen Preis, zu dem dann die Nachfrager ihre Nachfragemengen angeben. Liegt die gesamte Nachfrage über dem Angebot, wird die Differenz, die „Überschussnachfrage“, bekanntgegeben und der Preis erhöht. Dabei darf kein Nachfrager seine Menge erhöhen, wenn der Preis steigt. Dieser Prozess läuft solange weiter, bis die Nachfrage das Angebot nicht mehr übersteigt. Alle angebotenen Zertifikate werden dann zum Preis der vorhergehenden Runde an die Nachfrager verkauft, die somit alle einen einheitlichen Preis bezahlen. Nach diesem Prinzip können die Bieter aus der Information über die Überschussnachfrage ableiten, wie knapp die Zertifikate tatsächlich sind. Ein verlässliches Preissignal wäre gewährleistet.

Schließlich sollten zwei Auktionen parallel durchgeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zertifikate aus der Emissionshandelsphase 2 (2008-2012) in Phase 3 übertragen werden können, aber nicht umgekehrt. Ein Zertifikat ausgegeben für Phase 2 muss also immer mindestens so viel wert sein wie eines für Phase 3. Die Unternehmen brauchen bei langfristigen Investitionsentscheidungen Planungssicherheit, es werden Zertifikate sowohl für Phase 2 als auch für Phase 3 benötigt. Werden zwei Auktionen parallel durchgeführt, eine für Phase 2 und eine für Phase 3, ist sichergestellt, dass Unternehmen für beide Handelsphasen Zertifikate kaufen können und der Preis für Zertifikate aus Phase 3 nicht über dem Preis aus Phase 2 liegt. Letztlich sollten die Auktionen offen und regelmäßig sowie mit einer klaren Ankündigung über die zu versteigernde Menge durchgeführt werden.

Die Weichenstellung in Richtung Versteigerung ab 2013 ist zu begrüßen. Die Politik sollte aber das Design der Auktion sorgfältig auswählen. Denn es geht um viel: Der Wert der Zertifikate, die ab 2013 zu versteigern sind, wird bei einem Preis von 28 Euro pro Zertifikat rund 56 Milliarden Euro jährlich betragen. Diese hohen Summen zeigen, wie wichtig eine kosteneffiziente Klimapolitik ist.

Eva Benz, Bonn Graduate School of Economics
Dr. Bodo Sturm, sturm@zew.de

KONFERENZEN

Die globale Finanzkrise – Ursachen, Lehren und Prognosen

Am 15. Oktober 2008 veranstaltete das ZEW zusammen mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young eine Konferenz zur aktuellen Finanzkrise. Prof. Anil Kashyap, Ph.D., von der University of Chicago, ging in seinem Eröffnungsvortrag auf die Ursachen und Folgen der Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten ein. Er rechne mit einem Verlust von etwa 500 Milliarden US-Dollar im Markt für Subprime-Produkte in den Vereinigten Staaten, sagte er. Allerdings räumte er ein, dass diese Schätzung sehr unsicher sei.

Kashyap erläuterte, dass die meisten Banken aufgrund ihres extrem hohen Verschuldungsgrads (Leverage) im Rahmen ihres aktiven Risikomanagements im Krisenverlauf riskante Positionen abgebaut hätten. Die Folge sei ein weiterer Preisverfall gewesen, der letztlich in einen Teufelskreis gemündet habe. Dieser Teufelskreis könne durch eine erhebliche Aufstockung des Eigenkapitals durchbrochen werden.

Die von der US-Regierung durchgeführte Beteiligung an privaten Banken führe zwar zu dieser notwendigen Stärkung des Eigenkapitals der Banken, so Kashyap. Allerdings wäre es seiner Meinung nach zielführender gewesen, hätte sich der Staat nur an den wirklich notleidenden Banken beteiligt und nicht an praktisch der gesamten Branche. Die Art und Weise der Beteiligung des Staates bei Banken, also zwangsweise Teilverstaatlichung oder freiwillige Inanspruchnahme von Hilfsprogrammen durch die Banken, wird derzeit auch in Europa kontrovers diskutiert.

Im zweiten Vortrag ging Francesco Papadia, Leiter des Bereichs Market Operations bei der Europäischen Zentralbank (EZB), auf die Maßnahmen der EZB im Verlauf der Finanzkrise ein. Er erläuterte wie die EZB die Banken im Krisenverlauf mit Liquidität versorgt habe. Er wies auf den seit einigen Wochen ex-



Prof. Anil Kashyap, Ph.D., University of Chicago bei seinem Vortrag am ZEW.

trem großen Abstand zwischen den Interbankenzinsen und dem von der EZB geforderten Zins hin, der die Anspannung im Interbankenmarkt und das Misstrauen der Banken untereinander zum Ausdruck bringe. Papadia hob hervor, dass die EZB gegenwärtig die europäischen Banken auch mit Liquidität in US-Dollar versorge, da die Interbankenbeziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten praktisch zum Erliegen gekommen seien.

Hohe Risikobereitschaft der Banken

Der dritte Vortrag von Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz-Gruppe, befasste sich mit den Ursachen und Folgen der Finanzkrise aus einer internationalen und aus einer europäischen Perspektive. Als wichtigen Grund für das Bankendesaster nannte Heise die zu hohe Risikobereitschaft der Banker. Diese sei zum Teil auf die relativ geringen Gewinnmargen im traditionellen Bankgeschäft sowie auf die erheblichen Gewinne im US-Immobilienmarkt und mit verbrieften Kreditforderungen zurückzuführen. Er identifizierte unbrauchbare Ratings für die komplexen Kreditderivate, uninformativ-

te Käufer dieser Kreditderivate sowie leichtsinniges Verhalten der privaten US-Haushalte als Gründe für die Krise.

Heise zufolge sei der erste fallende Dominostein – die Übertreibungen in den Märkten für Immobilien und Hypotheken in den Vereinigten Staaten – voraussehbar gewesen. Die weltweiten Konsequenzen der Krise hätten jedoch die meisten Beteiligten überrascht.

Heise geht davon aus, dass sich die Eigenkapital-Anforderungen der Banken zur Abdeckung von Risikopositionen deutlich erhöhen werden. Außerdem sollte es seiner Meinung nach eine internationale Bankenaufsicht geben. Denn die Krise habe gezeigt, dass systemische Probleme im Bankensektor globale Bedeutung hätten und nur durch gemeinsame Aktionen der Staatengemeinschaft gelöst werden könnten. Heise prognostizierte, dass eine Aufsichtsbehörde für Ratingagenturen und Hedge Fonds entstehen werde.

Die Konferenzteilnehmer nahmen mit Interesse auf, dass Heise die Talsohle der Finanzkrise für beinahe durchschritten hält. Kashyap dagegen sieht noch mindestens zwei wirtschaftlich sehr schwache Quartale auf die Vereinigten Staaten und Europa zukommen.

Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

KONFERENZEN

Neue Vortragsreihe „Wettbewerbspolitik“

Mit der Auftaktveranstaltung am 11. September 2008 ist eine neue Vortragsreihe am ZEW angelaufen: das Mannheim Competition Policy Forum. Es soll Wissenschaftlern wie Vertretern aus der Praxis die Möglichkeit geben, wettbewerbspolitische Fragestellungen und Standpunkte zu diskutieren.

Angesprochen werden beispielsweise Probleme, die bei der Aufdeckung und Bestrafung von Kartellen auftreten. Darüber hinaus werden verschiedene mögliche Auswirkungen von Unternehmensfusionen untersucht, zum Beispiel auf die Produktpreise oder die Angebotspalette sowie das Innovationsverhalten von Unternehmen. Weitere Aspekte beinhalten unter anderem die Vor- und Nachteile verschie-

dener Simulationsmodelle, mit deren Hilfe Wettbewerbseffekte im Vorfeld einer Fusion abgeschätzt werden können. Dazu gehören Möglichkeiten zur Unterbindung des Mißbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung behandelt werden. Mit dem Austausch über diese und weitere Themen leistet das Mannheim Competition Policy Forum einen Beitrag, wissenschaftliche Ergebnisse besser in die wettbewerbspolitische Praxis zu übertragen.

Das Mannheim Competition Policy Forum wird vom ZEW und der Universität Mannheim organisiert. Die Auftaktveranstaltung wurde von rund 30 Teilnehmern besucht. Als Referent konnte Dr. Jorge Padilla von der Unternehmensberatung LECG Europe gewon-

nen werden. In seinem Vortrag mit dem Titel „Are Joint Negotiations in Standard Setting ‘Reasonably Necessary?’“ ging Padilla auf das Problem der optimalen Festsetzung von Lizenzgebühren für die Nutzung von Patenten ein und hob dabei besonders die Rolle von Wettbewerbsbehörden hervor.

Das Mannheim Competition Policy Forum soll während der Vorlesungszeit jeden zweiten Donnerstag im Monat stattfinden. Es beginnt jeweils um 17:15 Uhr und ist für alle Interessierten offen. Die Vorträge werden in englischer Sprache gehalten. Näherer Informationen zum Mannheim Competition Policy Forum sind im Internet unter www.zew.de/mcpf verfügbar.

Dr. Kai Hüscherlath, huescherlath@zew.de

Konferenz zur Ökonomie der Regulierung

Am 1. und 2. Oktober 2008 fand am ZEW eine Konferenz zum Einfluss von Regulierungen auf Investitionen und Innovationsanreize statt. Ziel der Konferenz war es, die intensive Diskussion über Regulierungseinflüsse auf langfristige Entscheidungen insbesondere in netzbasierten Märkten zu stimulieren. Die für die Konferenz eingereichten Arbeiten machen deutlich, dass der Zusammenhang zwischen Regulierung und Investitionen auf besonders großes Interesse im Telekommunikationssektor stößt. So hatten rund 75 Prozent der eingereichten Papiere unterschiedliche Aspekte der Infrastrukturinvestitionen in diesem Sektor zum Thema. Insgesamt konnten rund 40 Wissenschaftler aus Europa und Nordamerika und dem Nahen Osten zu der Konferenz begrüßt werden.

Yossi Spiegel von der Tel Aviv University, Israel präsentierte neue Ergebnisse seines aktuellen Forschungsprojekts, welches die Rolle der Fremdfinanzierung beim Übergang von ehe-

mals staatlichen Unternehmen in privatwirtschaftliches Eigentum untersucht. Vor dem Hintergrund der Privatisierungswelle in den 1990er Jahren vor allem in den netzgebundenen Märkten in Europa konnten Spiegel und seine Koautoren zeigen, dass gerade im Telekommunikations- und Energiesektor eine Verschiebung von Eigen- zu Fremdkapital stattgefunden hat.

Die Auswirkungen von Regulierungsmaßnahmen im Telekommunikationssektor auf das Investitionsverhalten neu eingetretener Wettbewerber sowie früherer Monopolisten thematisierte Michal Grajek in seinem gemeinsamen Beitrag mit Lars Hendrik Röller von der ESMT, Berlin.

Bjørn Hansen und Kjetil Andersson vom Telekommunikationsunternehmen Telenor widmeten sich in ihrem Beitrag dem Problem von Terminierungsentgelten im Mobilfunkbereich, das derzeit in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert wird. Terminierungsentgelte sind Gebühren, die Mobilfunknetzbetreiber

Konkurrenten zahlen müssen, wenn ein Kunde einen Kunden des anderen Netzbetreibers anruft.

Jürgen Müller von der Berlin School of Economics, beschäftigte sich mit der Reallokation von Frequenzbändern, die nicht mehr für die Übertragung von Fernsehprogrammen benötigt werden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie diese umverteilt werden können, so dass ein möglichst hoher Wohlfahrtszuwachs für Konsumenten geschaffen wird. Am Beispiel von Berlin konnte er zeigen, dass die Neunutzung im Mobilfunkbereich die größte Steigerung des Konsumentennutzens herbeiführt.

Neben diesen stark auf den Telekommunikationsmarkt ausgerichteten Referaten, gab es weitere interessante Beiträge, die weniger stark auf einen bestimmten Sektor konzentriert waren. Sie beleuchteten stärker theoretische Aspekte der Regulierung. Näheres zur Konferenz finden Sie im Internet unter www.zew.de/regulation2008

Tobias Veith, veith@zew.de

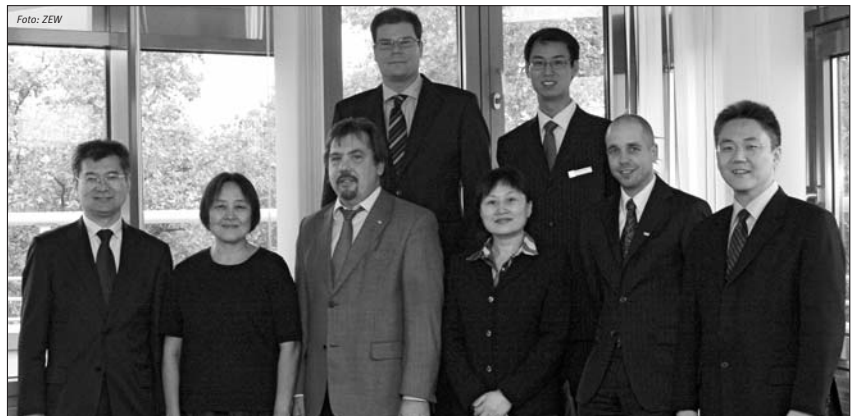
ZEW INTERN

Chinesische Wissenschaftlerdelegation zu Informationsbesuch am ZEW

Am 22. Oktober 2008 besuchte eine Delegation der „Chinese Academy of Social Sciences“ (CASS) das ZEW. Unter der Leitung von Professor Ping Li informierten sich die Professorinnen Yingying Chen und Hongwei Wang sowie Herr Lei Wang, Ph.D., über die Arbeit des Forschungsinstituts. Dr. Georg Licht, Leiter des Forschungsbereichs Industrieökonomik und internationale Unternehmensführung, begrüßte die chinesische Delegation und stellte das ZEW vor. Nach dieser Eingangspräsentation erläuterte Professor Ping Li die Organisation und die Aufgaben der CASS. Er betonte das große Interesse der Delegationsteilnehmer insbesondere an einem Gedankenaustausch über wirtschaftswissenschaftliche Methoden und Modelle sowie über den Aufbau umfangreicher Datenbanken. Diesen Interessenschwerpunkten entsprechend stellte Dr. Tim Hoffmann vom Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik die CGE-Modelle des ZEW vor und erläuterte

insbesondere das PACE-Modell und seine Erweiterungen. Der Leiter des Arbeitsmarktbereichs, Dr. Holger Bonin, erklärte das am ZEW entwickelte integrierte Mikro-Makro-Simulationsmodell zur Arbeitsmarktanalyse und stellte an einem Beispiel dessen Einsatz in der Politikberatung dar. Dr. Georg Licht schließlich machte die chinesischen

Wissenschaftler mit dem Mannheimer Innovationspanel vertraut, erläuterte den Aufbau dieser Datenbank, ihre Einbindung in den Community Innovation Survey der EU sowie ihre Bedeutung für die Politikberatung. Zum Abschluss des Besuchs bekundeten beide Seiten ihr Interesse, den aufgenommenen Kontakt weiterzuentwickeln.



Die Delegation der „Chinese Academy of Social Sciences“ mit Wissenschaftlern des ZEW. Vorne: Prof. Ping Li, Prof. Yingying Chen, Dr. Georg Licht (ZEW), Prof. Hongwei Wang, Dr. Holger Bonin (ZEW), Lei Wang, Ph.D.; hinten: Dr. Tim Hoffmann (ZEW), Qingwei Wang (ZEW).

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-072, Diana Heger, Kornelius Kraft: A Test of the Quality of Concentration Indices.

Nr. 08-071, Diana Heger, Kornelius Kraft: Barriers to Entry and Profitability.

Nr. 08-070, Robert Schwager: Grade Inflation, Social Background, and Labour Market Matching.

Nr. 08-069, Dirk Czarnitzki, Katrin Husinger, Cédéric Schneider: Commercializing Academic Research: The Quality of Faculty Patenting.

Nr. 08-068, Claudia Hermeling, Tim Menzel: Sensitivity Analysis in Economic Simulations – A Systematic Approach.

Nr. 08-067, Dorothea Blomeyer, Katja Coneus, Manfred Laucht, Friedhelm Pfeiffer: Self-Productivity and Complementarities in Human Development: Evidence from MARS.

Nr. 08-066, Georg Bühler, Patrick Jochem: CO₂ Emission Reduction in Freight Transports – How to Stimulate Environmental Friendly Behaviour?

IHK-Forum tagte am ZEW

Am 24. September 2008 fand am ZEW die Herbstsitzung des IHK-EU Forums statt. Unter der Regie der IHK Rhein-Neckar treffen sich im Rahmen des Forums regelmäßig Unternehmer, Politiker sowie Vertreter aus der Wissenschaft. Ziel der Treffen ist es, über aktuelle Entwicklungen zu beraten, die von der Europäischen Union geplant werden, und die vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) betreffen. Zum Herbsttreffen des IHK-EU Forums konnten rund 30 Gäste begrüßt werden.

Mit Maive Rute, Direktorin des Direktorates „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMUs“ in der Generaldirektion „Unternehmen und Industrie“ nahm eine Vertreterin der EU-Kommission an dem Treffen teil. Dr. Georg Licht, Leiter des Forschungsbereichs Industrieökonomik und internationale Unternehmensführung vertrat das ZEW. Er stellte neue Forschungsergebnisse vor zur Bedeutung der EU für junge High-Tech Unternehmen, die erfolgreich auf dem Weltmarkt agieren möchten.

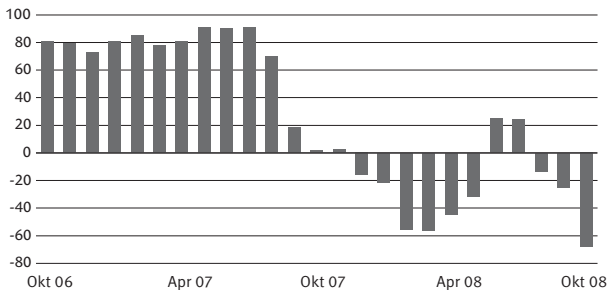
EXPERTENSEMINARE

- | | |
|----------------|--|
| 24.-26.11.2008 | Betriebswirtschaftliches Handeln – Unternehmenssimulation zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen |
| 24.11.2008 | Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, Berlin |

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2008

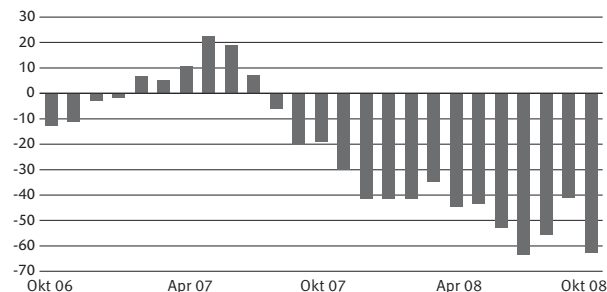


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Außerplanmäßige Zinssenkung

Die EZB hat in einer konzertierten Aktion mit anderen Notenbanken den Leitzins im Euroraum um 50 Basispunkte auf 3,75 Prozent gesenkt. Die EZB hat den Zinsschritt zum einen damit begründet, dass sich die Inflationsrisiken verringert haben. So hat der Ölpreis seinen Abwärtstrend fortgesetzt und liegt mittlerweile auf dem niedrigsten Stand seit einem Jahr. Zum anderen sieht die Zentralbank erhöhte Risiken für die Konjunktur. Eine Mehrheit von 76 Prozent der Experten sieht die EZB auch in den kommenden sechs Monaten auf Zinssenkungskurs.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

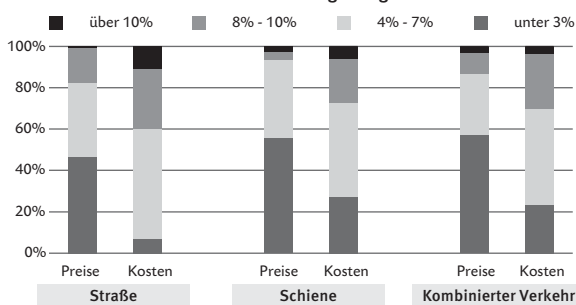
Euroraum: Finanzkrise verstärkt Pessimismus

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Oktober um 21,8 Punkte verschlechtert und liegen nun bei -62,7 Punkten. Verantwortlich für diese Entwicklung ist die Finanzkrise, die seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers neue Dimensionen angenommen hat. Es verstärkt sich die Sorge, dass die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergreift. In der Eurozone sind besonders Spanien und Irland von starken Korrekturen am Häusermarkt betroffen. Allerdings dürften die beschlossenen Rettungsmaßnahmen die Situation stabilisieren.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Kostensteigerungen können nicht vollständig überwältigt werden

Erwartete Preis- und Kostensteigerungen im Güterverkehr

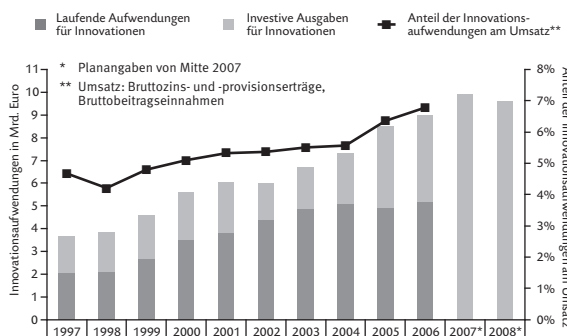


Quelle: ZEW

Im Rahmen des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW gaben die Experten aus der Transportwirtschaft und der verladenden Industrie an, dass die Transporteure die zu erwartenden Kostensteigerungen nicht vollständig auf die Transportpreise überwälzen können. Die Grafik zeigt, dass die Mehrheit der Experten mit Preissteigerungen von bis zu drei Prozent rechnet. Im Hinblick auf die Kosten dominiert die Meinung, dass Kostensteigerungen zwischen vier und sieben Prozent zu erwarten sind. Die Transportwirtschaft muss durch Effizienzsteigerungen einmal mehr die Kosten erwirtschaften, die nicht der Kunde bezahlt.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

EDV und Telekommunikation: Innovationsaufwendungen steigen weiter



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die EDV- und Telekommunikationsbranche setzte in den Jahren 2004 bis 2007 verstärkt auf Innovationen. Die gesamten finanziellen Aufwendungen für neue Produkte und Verfahren stiegen von 7,3 Milliarden Euro im Jahr 2004 auf 9,9 Milliarden Euro im Jahr 2007. Für 2008 sind die Unternehmen allerdings bereits jetzt zurückhaltend. Mitte 2007 planten sie für 2008 nur mehr Innovationsaufwendungen von 9,6 Milliarden Euro. Dies wäre der erste markante Rückgang seit 12 Jahren. Im Jahr 2006 machten die Innovationsaufwendungen 6,8 Prozent des gesamten Branchenumsatzes aus – ein Wert, den nur wenige Branchen übertreffen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Marktwirtschaft

Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten hat nicht nur immense direkte Kosten zur Folge, sondern bringt zudem eine Reihe von Kollateralschäden mit sich, wie unter anderem die zunehmend schwindende Akzeptanz eines marktwirtschaftlichen Systems. Schon seit geraumer Zeit verneint Umfragen zu Folge ein zunehmender Anteil der Bevölkerung die Frage, ob sich die Soziale Marktwirtschaft hierzulande bewährt habe. Denn die Soziale Marktwirtschaft sei mitverantwortlich dafür, dass die Geldgier der Finanzmarktakteure die Finanzwelt an den Abgrund geführt habe. Die Gewinne würden bei den Reichen privatisiert, die Verluste den Steuerzahlern aufgebürdet.

Als zweiter Vorwurf gegen die Marktwirtschaft wird angeführt, dass wirtschaftliche Erfolge nicht bei den Arbeitnehmern ankämen, sondern zu höherer Armut führten.

Zunächst gilt es, bei der Finanzmarktkrise die Schuldzuweisungen zurechtzurücken. Bekanntlich liegt die Ursache der Finanzmarktkrise in den Vereinigten Staaten und dortiges Politikversagen spielt bei der Ursachenanalyse eine gewichtige Rolle. Die Geldpolitik der Fed war eindeutig viel zu expansiv und hat die Entwicklung der Immobilienpreisblase angefeuert. Ebenso wenig wie dieses geldpolitische Fehlverhalten kann der Marktwirtschaft angelastet werden, dass die staatliche Wirtschaftspolitik die staatsnahen Hypothekendarlehen Fanny Mae und Freddy Mac nachdrücklich gedrängt hat, Kredite selbst an „Ninja-Haushalte“ zu gewähren (Ninja: no income, no job, no assets).

Auf dieses Politikversagen aufmerksam zu machen, bedeutet keinen Freispruch für Banker. Jedoch hat niemand im Ernst behauptet, die Akteure in einem marktwirtschaftlichen System seien gegen Irrtümer gefeit. Risikobehaftete Geschäfte können eben auch scheitern. Und was die dämonisierte Raffsucht der Bankmanager anbelangt – die Jagd der Kleinanleger nach hohen Renditen ist natürlich etwas Edles –, so sitzen auf Grund der Unternehmensmitbestimmung Ar-

beitnehmervorteile im Aufsichtsrat, welcher über die Vergütung der Vorstandsmitglieder befindet und allfällige Veränderungen vornehmen kann.

Die beklagte, als unzureichend empfundene Teilhabe der Arbeitnehmer am zu Ende gegangenen Konjunkturaufschwung eignet sich ebenfalls nicht für einen Frontalangriff auf das hiesige marktwirtschaftliche System. Dass in der öffentlichen Diskussion mitunter suggeriert wird, rund ein Fünftel der Bevölkerung sei von Armut betroffen, grenzt an Volksverdummung. Die betreffenden Armutsfunktionäre verwenden nämlich mit Vorliebe relative Armutsmaße – mit der abenteurerlichen Konsequenz, dass die Armutsquote etwa in Entwicklungsländern niedrig ist, weil dort fast alle Bürger arm sind, wohingegen bei uns die Armutsquote unverändert bleibt, selbst wenn sich sämtliche Einkommen verdoppeln!

Die Ursachen für die zunehmende Spreizung der Markteinkommen liegen in einem technischen Fortschritt, der insbesondere gering qualifizierte Arbeit freisetzt und in einer Internationalisierung der Güter- und Arbeitsmärkte. Die hiesigen Systeme der sozialen Sicherung sind jedoch ziemlich erfolgreich bei der Umverteilung von Einkommen. Des Weiteren entspricht es erklärten arbeitsmarktpolitischen Zielen, wenn gering qualifizierte Arbeitslose niedrig entlohnten Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nachgehen und ihre Arbeitseinkommen mit Hilfe des Arbeitslosengelds II aufgestockt werden, sodass es zum Lebensunterhalt reicht. Die damit einhergehende Ausdifferenzierung der qualifikatorischen Lohnstruktur als Versagen eines marktwirtschaftlichen Systems zu brandmarken, ist abwegig. Und schließlich ist in diesem Zusammenhang wiederum Politikversagen zu konstatieren. Die Lohnpolitik hat in den vergangenen Jahren untere Lohngruppen überproportional begünstigt und die Sozialpolitik hat dafür gesorgt, dass für die Empfänger der seinerzeitigen Sozialhilfe eine Arbeitsaufnahme finanziell bestraft wurde.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008